

Redemanuskript des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Michael Weichert zu einem Energiekompetenzzentrum Sachsen, DS 4/5259, 54. Sitzung des Sächsischen Landtages, 23. Juni 2006, TOP 8

**Weichert: Sachsen braucht eine Energie- und Klimapolitik aus einem Guss**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte die Koalition beglückwünschen. Nach Lage der Dinge bekommen wir zum 1. Januar 2007 eine sächsische Energie-Agentur, die den Namen Energiekompetenzzentrum Sachsen tragen wird. Das entspricht einer recht zügigen Umsetzung des Koalitionsvertrages und kann nur als ein Fortschritt bezeichnet werden. Der Glückwunsch geht besonders an die Kolleginnen und Kollegen von der SPD, denn ich vermute, Ihnen ist es die Fortentwicklung und Aufwertung des bestehenden Energie-Effizienzzentrums zu verdanken.

Trotz Glückwunsch: Wir werden dennoch Ihrem Antrag nicht zustimmen, sondern uns enthalten. Von uns lag in gleicher Sache ein Antrag vor, den die Koalition in den Ausschüssen abgelehnt hat. Was ist der Unterschied zwischen den Anträgen? Wir haben beantragt, dass die Staatsregierung hier im Landtag ein Konzept zur Ausgestaltung des Zentrums vorlegt. Wir sind der Auffassung, dass die wichtigen Dinge, die die Parteien im Koalitionsvertrag vereinbaren, auch Gegenstand der parlamentarischen Debatten sein sollte. Sie wollen hier die Staatsregierung beauftragen und dabei wissen wir alle, dass die Staatsregierung längst gehandelt hat. Wir konnten der Presse entnehmen, dass das Zentrum zum 1.1.2007 kommt und wir konnten lesen, dass es in der Form einer GmbH mit den Gesellschaftern Freistaat Sachsen und SAB organisiert wird. Jetzt haben wir über einen Antrag zu beschließen, der die Staatsregierung ersucht, entsprechend ihren eigenen Verlautbarungen verfahren. Ein etwas eigentümliches Verständnis von der Funktion eines Parlaments.

Und die Unterschiede sind nicht nur formaler, sondern auch inhaltlicher Art. Der Freistaat Sachsen braucht eine Energie- und Klimapolitik aus einem Guss. Erfolge im Sinne des Klimaschutzes, wie sie im Programm des Freistaates vom Juni 2001 noch unzureichend angestrebt werden, können sich nur einstellen, wenn der Freistaat eine Energie- und Klimaschutzpolitik aus einer Hand betreibt. Diesen Anspruch konnte das bisher im Landesamt für Umwelt und Geologie angesiedelte „Energieeffizienz-Zentrum“ nicht erfüllen, das neue Energie-Kompetenzzentrum wird es auch nicht können. Mit der Braunkohlepolitik des Freistaates wird das neue Zentrum ebenso wenig befasst sein wie mit Fragen des Straßenbaus und des ÖPNV. Mein Kollege Johannes Lichdi hat Ihnen gestern hier erläutert, dass der geplante Neubaublock in Boxberg doppelt so viel CO<sub>2</sub> ausstoßen wird, wie durch die Arbeit des Zentrums eingespart werden soll. Wenn Sie die Braunkohlepolitik nicht mit der Klimapolitik verzahnen, wird aus dem neuen Kompetenzzentrum ein klimapolitischer Bettvorleger – zahn- und damit wirkungslos.

Wenn Sie in dem neuen Zentrum noch nicht einmal eine Beratungsfunktion für die Bereiche Kraftwerke und Netze sowie Mobilität integrieren, dann laufen Energie- und Klimapolitik im Freistaat wie bisher unvermittelt nebeneinander her. Um Ihnen das einmal in Zahlen zu illustrieren: Über 60 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Sachsen stammen aus Großkraftwerken. Welche Kompetenzen bekommt das Kompetenzzentrum für diesen Bereich Großkraftwerke? Sie ahnen es, meine Damen und Herren, das Kompetenzzentrum, wie es jetzt angelegt ist, bekommt Null – Kompetenzen in diesen Fragen. Dabei wäre der Aspekt, wie man Kraftwerke so baut, dass Haushalte, Gewerbe und Industrie durch die anfallende Wärme einen optimalen Nutzen haben, schon heute auch ökonomisch sehr interessant. Und mit steigenden Preisen wird dieser Aspekt noch an Bedeutung gewinnen.

Und wir sollten auch nicht die Augen davor verschließen, dass Energie-Einsparung, Contracting und Erneuerbare Energien in einer natürlichen Konkurrenz zur Braunkohle stehen. Da macht es wenig Sinn, mit der einen Hand der Braunkohle Milliarden-Subventionen über die Zertifikate zukommen zu lassen und dann mit der anderen für einige hunderttausend Euro Modellprojekte zu initiieren.

Diskutiert hätten wir auch gerne die Frage, ob die SAB der richtige Partner in der Rechtsform der GmbH ist. Sicherlich versteht die SAB etwas von Finanzierung, was beim Contracting nicht ohne Interesse ist. Uns wäre es lieber gewesen, wir hätten unabhängige Stadtwerke mit ins Boot genommen. Die verstehen etwas von

Energiepolitik über die gesamte Palette, die in einem Kompetenzzentrum gefordert ist. Aber die Frage nach dem richtigen Partner taucht im Antrag der Koalition überhaupt nicht auf, das hat die Staatsregierung autonom geregelt.

Meine Damen und Herren von der Koalition: Ihr Antrag geht in die richtige Richtung, aber er geht nicht weit genug. Außerdem ist er längst erledigt. Was dazu zu sagen war, hat Staatsminister Tillich bereits gesagt. Nicht hier im Plenum, sondern im Rahmen einer Pressekonferenz.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!